



SPD Flörsheim am Main
Wickerer Str. 82a
65439 Flörsheim am Main

g-mehler@t-online.de
Telefon: 01751857437

Flörsheim am Main, den 09.12.2019

P R E S S E M I T T E I L U N G

SPD zum Haushalt 2020 **Steuern senken statt Verwaltung aufblähen**

Am kommenden Donnerstag wird die Flörsheimer Stadtverordnetenversammlung über den Haushalt für das Jahr 2020 entscheiden. Die SPD-Fraktion hat zusätzlich zu ihren zahlreichen Anfragen und Anträgen nach dem aktuellen Stand der Beratungen in den Ortsbeiräten und Ausschüssen jetzt noch einmal grundsätzlich zum Haushalt Stellung genommen.

„Wir wollen die Gewerbesteuer und die Grundsteuer senken, weil wir sie aufgrund der jetzigen Haushaltsdaten für zu hochhalten. Bürgermeister Bernd Blisch, die erste Stadträtin Renate Mohr und das Dreierbündnis aus CDU, GALF und dfb wollen stattdessen lieber die Verwaltung aufblähen. Dies machen wir nicht mit“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Marion Eisenmann-Kohl.

Die Sozialdemokraten weisen darauf hin, dass schon im Haushaltsplanentwurf die Personalkosten um 5,8% und die Kosten für die Sach- und Dienstleistungen um satte 16,1% erhöht wurden. Bei diesen Zahlen sind bereits die Kosten für die Kindertagesstätten herausgerechnet, weil hier ein besonderer Bedarf besteht.

Damit nicht genug, haben die Fraktionen des Dreierbündnisses jetzt beantragt, weitere 4 neue Stellen schaffen. Die reinen Personalkosten werden über 200.000 € betragen, zusammen mit den Arbeitsplatzkosten mehr als 350.000 €.

„In den vergangenen Jahren wurden die ohnehin sparsamen Ansätze von Stadtkämmerer Sven Heß in den Haushaltsplanberatungen auch von der GALF, der er ja selbst angehörte, gekürzt. Jetzt glauben CDU, GALF und dfb anscheinend, ihre eigene Politik und die ihres Bürgermeisters und ihrer ersten Stadträtin nur mit immer mehr Personal und Verwaltungskosten umsetzen zu können, koste es was es wolle. Dies lehnen wir ab“, sagte Marion Eisenmann-Kohl weiter.

Das Argument des Dreierbündnisses man könne die Steuern nicht aufgrund der positiven Entwicklung eines Jahres senken, akzeptiert die SPD übrigens nicht. Die Steuern seien ja auch aufgrund einer einmaligen Negativentwicklung erhöht worden und würden jetzt für die Ansprüche der aktuellen Mehrheit „verbraten“.